

Die Türen weit öffnen

Ausländische Studenten. Obwohl sie der deutsche Arbeitsmarkt gut gebrauchen könnte, wollen viele ausländische Studenten nach ihrem Abschluss höchstens noch ein paar Jahre hierzulande berufliche Erfahrungen sammeln – aber nicht dauerhaft bleiben. Um mehr Nachwuchs-Fachkräfte für die Bundesrepublik zu gewinnen, müssten vor allem die rechtlichen Hürden weiter abgebaut werden.

Fachkräfte mit ausländischem Pass könnten helfen, den Mangel an Arbeitskräften – den es vor allem in den technischen Berufen gibt (vgl. iwd 17/2012) – zu beheben. Jährlich beginnen rund 60.000 Ausländer ein Studium in Deutschland – mit steigender Tendenz. Und diese Akademiker in spe entscheiden sich besonders oft für die gefragten technischen Fächer. Waren zuletzt knapp 16 Prozent aller Studenten an den deutschen Hochschulen in einem ingenieurwissenschaftlichen Studiengang eingeschrieben, betrug der Anteil bei den Studenten mit ausländischem Pass fast 28 Prozent.

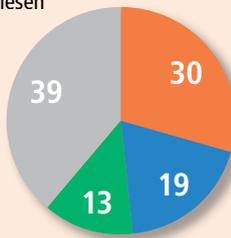
Dies nützt dem deutschen Arbeitsmarkt jedoch wenig, wenn die ausgebildeten Ingenieure anschließend in ihre Heimat zurückkehren. Bislang stellt nur jeder vierte auslän-

dische Student nach seinem Examen einen – wie es im Behördendeutsch heißt – „Antrag auf Änderung des Aufenthaltsstatus“, um in der Bundesrepublik bleiben zu können.

Ausländische Studenten: Deutschland ist oft nur Durchgangsstation

So viel Prozent der befragten Studenten, die nach dem Studium wahrscheinlich noch in Deutschland bleiben wollen, planen einen Aufenthalt für diesen Zeitraum

- 1 bis 2 Jahre
- 3 bis 5 Jahre
- länger als 5 Jahre
- unklar



Befragung von 2.600 Master-Studenten und Doktoranden aus Nicht-EU-Staaten von Juli bis November 2011

Quelle: Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien · iwd 20

Wie sich das ändern ließe, hat der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration untersucht und dazu an 25 Universitäten in fünf EU-Ländern insgesamt 6.200 Master-Studenten und Doktoranden aus Nicht-EU-Staaten befragt. Dabei zeigte sich, dass von den befragten Master-Studenten in Deutschland immerhin rund 80 Prozent erwägen, nach dem Studium hierzubleiben – deutlich mehr als in Frankreich, Großbritannien und den Niederlanden. Allerdings wollen nur wenige dauerhaft in der Bundesrepublik bleiben (Grafik):

Nur rund 13 Prozent der ausländischen Studenten in Master-Studiengängen, die nach ihrem Studienabschluss wahrscheinlich in Deutschland bleiben wollen, planen einen Aufenthalt von mehr als fünf Jahren.

Den meisten angehenden Akademikern aus Nicht-EU-Ländern geht es lediglich darum, hier ein paar Jahre lang Berufserfahrung zu sammeln. Dabei hätten sie ihrer eigenen Einschätzung nach in Deutschland auch längerfristig durchaus →

Inhalt

Eurozone. Über die Zukunft der Währungsunion nach den Wahlen in Frankreich und Griechenland spricht Professor Michael Hüther im Interview.
Seite 3

Außenhandel. Der Exportsektor hat der deutschen Wirtschaft in den vergangenen Jahren immer wieder starke Impulse gegeben.
Seite 4-5

Aserbaidschan. Die wirtschaftliche Zukunft des Landes am Kaspischen Meer hängt allein am Öl und am Gas.
Seite 6

Mindestlohn. Im Bauhauptgewerbe hat der Mindestlohn heimische Arbeitnehmer vor ausländischer Konkurrenz bewahrt.
Seite 7

Maschinenbau. Die Schuldenkrise im Euroraum trifft auch den deutschen Maschinenbau, obwohl die größten Kunden inzwischen in den USA und Asien sitzen.
Seite 8

Präsident:
Dr. Eckart John von Freyend
Direktor:
Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder:
Verbände und Unternehmen in Deutschland

Institut der deutschen Wirtschaft Köln



→ vielversprechende berufliche Perspektiven (Grafik):

Fast jeder zweite ausländische Student sieht gute Chancen, in der Bundesrepublik nach dem Examen einen der Qualifikation entsprechenden Arbeitsplatz zu finden.

Die Schwierigkeiten liegen also woanders: Nur jeder vierte fühlt sich ausreichend über die hiesigen Aufenthaltsregelungen informiert – die jungen Leute beklagen zum Beispiel, dass ihnen keine Informationen in englischer Sprache zur Verfügung stünden. Zudem fühlt sich nur gut ein Drittel als Arbeitskraft in der Bundesrepublik willkommen – fast vier von zehn wurden sogar mit Vorurteilen gegenüber Ausländern konfrontiert.

Ausschlaggebend für die Entscheidung, zu bleiben oder zu gehen, ist aber letztlich die Rechtslage:

Fast zwei Drittel der ausländischen Studenten sagen, sie könnten sich eher einen längeren Aufenthalt in Deutschland vorstellen, wenn sie leichter eine Aufenthaltsgenehmigung bekämen.

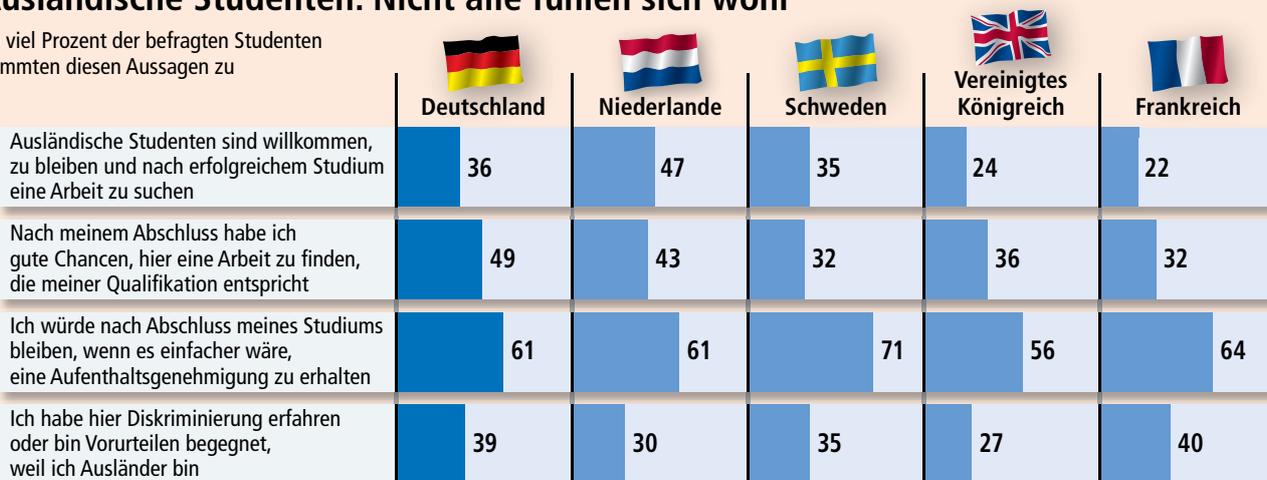
Demzufolge sollte die Politik den Fachkräften den (Rechts-)Weg nach Deutschland erleichtern und dafür sorgen, dass sie besser informiert werden. Immerhin haben die Bundesregierung und die Europäische Union zuletzt einiges getan, um die Integration von Studenten aus Drittstaaten in den hiesigen Arbeitsmarkt zu verbessern. Dazu zählt vor allem die Einführung der EU Blue Card,

die die Hürden für eine dauerhafte Aufenthaltserlaubnis gesenkt und das erforderliche Mindesteinkommen für ausländische Fachkräfte verringert hat (vgl. iwd 3/2012).

Es ginge aber noch besser – wie der Blick nach Kanada zeigt: Dort gibt es eine dauerhafte Aufenthaltserlaubnis bereits nach zwei Jahren Studium und einem Jahr Erwerbstätigkeit, die ein Studium oder eine berufliche Aufstiegsfortbildung voraussetzt. Damit ist auch die Wartezeit erfüllt, nach der die kanadische Staatsbürgerschaft beantragt werden kann. Nicht zuletzt diese niedrigen Hürden dürften der Grund dafür sein, dass in Kanada mehr als jeder dritte ausländische Student nach seinem Abschluss im Land bleibt.

Ausländische Studenten: Nicht alle fühlen sich wohl

So viel Prozent der befragten Studenten stimmten diesen Aussagen zu



Befragung von 6.200 Master-Studenten und Doktoranden aus Nicht-EU-Staaten an 25 Universitäten in den genannten fünf Ländern von Juli bis November 2011
Quelle: Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - iwd 20



© Foto: Christian Wyrwa

IW-Präsident wird 70

Am 22. Mai 2012 vollendet der Präsident des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW), Dr. Eckart John von Freyend, sein

70. Lebensjahr. Seit fünf Jahren steht er ehrenamtlich an der Spitze des Instituts. Begonnen hat der promovierte Volkswirt und Politologe seine berufliche Laufbahn im Jahr 1970 beim Bundesverband der Deutschen Industrie, wo er zuletzt Mitglied der Hauptgeschäftsführung war und heute Präsidialmitglied ist. Zu den weiteren bedeutenden Stationen seiner Karriere gehört die Tätigkeit als geschäftsführender Gesellschafter bei der Verlagsgruppe Deutscher Wirtschaftsdienst sowie von 1990 bis 1995

als Ministerialdirektor im Bundesministerium der Finanzen. Ab 1995 gestaltete er als Vorstandsvorsitzender die erfolgreiche Neustrukturierung der IVG Immobilien AG maßgeblich mit. Im Jahr 2006 gründete er den ZIA (Zentraler Immobilien Ausschuss) zur Interessenvertretung der deutschen Immobilienwirtschaft, als dessen Ehrenpräsident er bis heute fungiert. Außerdem ist er in zahlreichen Aufsichts- und Beiräten aktiv, unter anderem im Hochschulrat der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg.

„Das Problem war zu viel billiges Geld“

Eurozone. Welche Zukunft hat die Europäische Währungsunion nach den Wahlen in Frankreich und Griechenland? Fragen an Professor Michael Hüther, Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln.



Ist die Eurozone am Ende?

Vor allem das Votum in Griechenland muss Sorgen machen. Denn ein Land, das politisch nicht mehr handlungsfähig ist, kann seine Verpflichtungen nicht einhalten, die es in den Verhandlungen mit der Eurozone, dem Internationalen Währungsfonds und der Europäischen Zentralbank eingegangen ist. Europa wird seine Solidarpflicht dann nicht mehr fortschreiben können. Dann werden wir die offene Insolvenz des griechischen Staates erleben.

Waren die Wahlen ein Votum gegen Europa?

Nein, die Ergebnisse sind nicht in erster Linie eine Absage an die Europäische Integration oder die Institutionen Europas. In beiden Ländern waren die Bürger unzufrieden mit den bisherigen politischen Akteuren.

Warum sollten die Griechen überhaupt an Europa festhalten?

Die Ursachen für die schwierige Lage sind hausgemacht und nicht

von der EU verschuldet. Trotzdem hat Europa seine Solidarverpflichtung eingehalten und Gelder bereitgestellt. Den Griechen müsste also klar sein, dass sie keine Hilfe mehr erwarten können, wenn sie jetzt gegen Europa votieren. Dann müssten sie die Sache alleine lösen und das wird noch sehr viel härter.

Ein Euro-Austritt Griechenlands ist kein Tabuthema mehr. Warum?

Ob man Griechenland rettet oder nicht, hängt von der Frage ab, ob die politisch Verantwortlichen den Sanierungskurs tragen. Papandreou und Papademos haben das getan, jetzt scheint das Land politisch dazu nicht mehr bereit oder fähig. Allerdings gibt es – noch – keine wirklichen vertraglichen Möglichkeiten für einen Austritt Griechenlands.

Griechenland braucht Wachstum. Wo sehen Sie da Potenzial?

Erst einmal ist eines wichtig: Wachstum entsteht nicht durch zusätzliche Gelder, sondern weil unter-

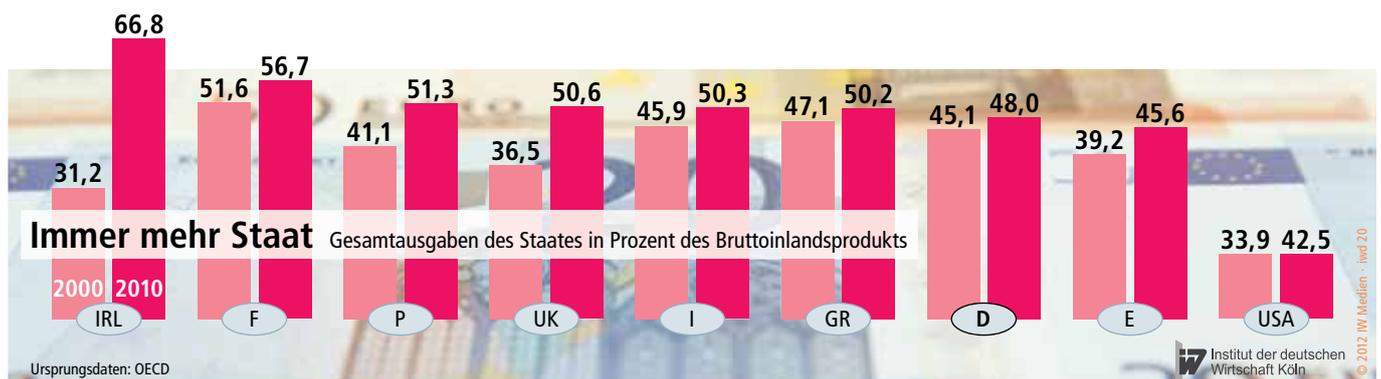
nehmerisches Handeln und Innovationen Raum gewinnen. Das Problem der Vergangenheit war ja nicht, dass es zu wenig Geld gab, sondern zu viel billiges Geld. Wenn wir heute nach Wachstum fragen, liegt die Antwort in der Öffnung der Märkte, einem Rückbau des Staates, einer effizienten staatlichen Verwaltung.

Blick auf Frankreich: In welche Bredouille könnte die neue Regierung die Eurozone bringen?

Hollande wird zunächst sich selbst in die Bredouille bringen. Denn er hat im Wahlkampf verkündet, dass er 2013 die Defizitgrenze von 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts einhalten will. Da muss er überlegen, wie er seine anderen Versprechen finanzieren will, zumal die Staatsquote ohnehin vergleichsweise hoch ist. Sie liegt bei 57 Prozent, die der Bundesrepublik bei 48 Prozent – Frankreich hat nicht zu wenig Staat, sondern zu viel.

Wie soll Bundeskanzlerin Merkel auf Hollande zugehen?

Frau Merkel hat nicht wirklich die Wahl, den bisherigen Kurs infrage zu stellen. Sie ist diejenige, die den aktuellen Fiskalpakt möglich gemacht hat. Und sie hat Recht: Man kann nicht nach jeder Wahl europäische Verträge beliebig neu verhandeln.



Exporte schreiben Erfolgsstory

Außenhandel. Der Exportsektor hat der deutschen Wirtschaft in den vergangenen Jahren immer wieder starke Impulse gegeben. Zugleich ist die Bundesrepublik aber auch ein wichtiger Abnehmer ausländischer Waren.

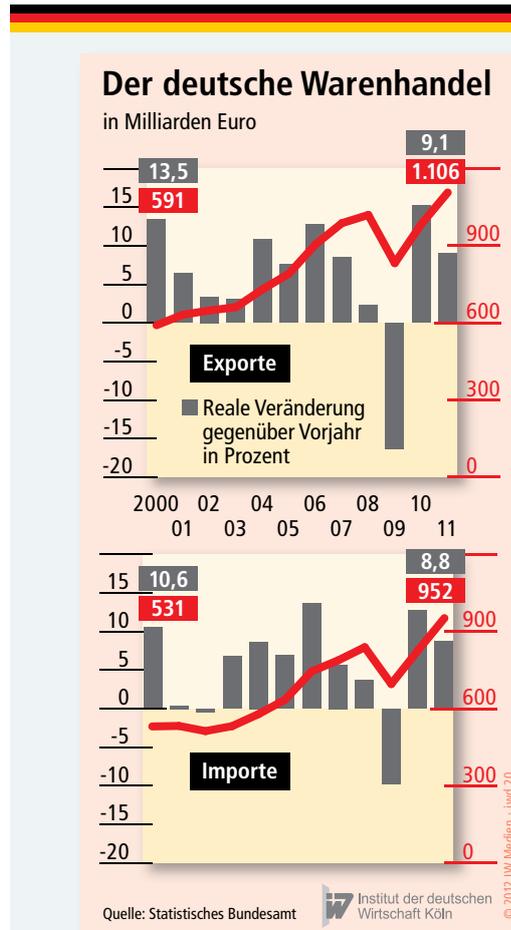
Auch wenn die Konjunktur 2012 nicht mehr so brummt wie zuvor, erwarten viele deutsche Unternehmen weiterhin steigende Exporte (vgl. iwD 17/2012). Der positive Trend ist also ungebrochen (Grafik):

Seit dem Jahr 2000 sind die deutschen Warenausfuhren nominal um 87 Prozent gewachsen – preisbereinigt betrug das Plus 78 Prozent.

Im vergangenen Jahr verkauften die heimischen Unternehmen erstmals Industrierzeugnisse im Wert von mehr als 1,1 Billionen Euro an ihre ausländischen Kunden.

Zwar kann Deutschland mit dem Tempo aufstrebender Schwellenländer wie China nicht ganz mithalten – der Anteil an den weltweiten Warenausfuhren ging zuletzt leicht auf 8,1 Prozent zurück. Dennoch belegt die Bundesrepublik damit hinter China und den USA Rang drei im globalen Ranking.

Kritiker erheben angesichts dieser Zahlen oft den Vorwurf, Deutschland erziele seine Exporterfolge auf Kosten anderer Länder (vgl. iwD 11/2012). Dabei ist der deutsche Außenhandel keineswegs eine Einbahnstraße: Die Einfuhren entwickelten sich im vergangenen Jahrzehnt ähnlich dynamisch wie die Ausfuhren – sie stiegen um real 71 Prozent.



Deutschlands wichtigste Handelspartner

im Jahr 2011 in Milliarden Euro

Deutsche Warenausfuhren

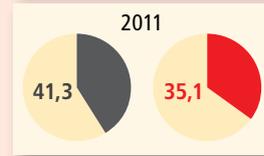
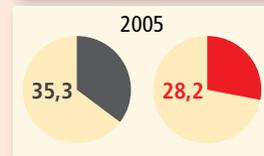
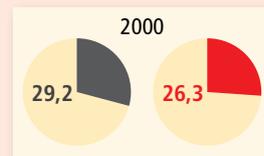
| | |
|------------------------|---|
| Frankreich | █ |
| USA | █ |
| Niederlande | █ |
| Vereinigtes Königreich | █ |
| China | █ |
| Italien | █ |
| Österreich | █ |
| Schweiz | █ |
| Belgien | █ |
| Polen | █ |

Vorläufige Daten
Quelle: Statistisches Bundesamt

Außenhandel und Wirtschaftsleistung

Deutschland, Anteil am Bruttoinlandsprodukt in Prozent

■ Wareneexporte ■ -importe



Quellen: OECD, Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Das Gewicht des Außenhandels

■ Wareneexporte ■ -importe im Jahr 2011 in Prozent des Bruttoinlandsprodukts

| | | | | | |
|----|------|------|-----|------|------|
| B | 92,7 | 89,7 | CDN | 26,0 | 25,9 |
| NL | 78,5 | 71,0 | F | 21,5 | 25,7 |
| A | 42,8 | 45,7 | E | 20,1 | 24,3 |
| D | 41,3 | 35,1 | UK | 17,9 | 24,6 |
| S | 34,8 | 32,6 | J | 14,0 | 14,6 |
| DK | 33,9 | 29,4 | USA | 9,9 | 14,8 |

Länderauswahl; Schweden: Daten geschätzt; Vereinigtes Königreich: Daten für 2010

Deutschland auf dem Weltmarkt

Deutscher Anteil an den weltweiten Wareneporten in Prozent



Quellen: Statistisches Bundesamt, Welthandelsorganisation

Die zehn exportstärksten Länder

Anteil an den weltweiten Wareneporten im Jahr 2011 in Prozent

| | |
|-----|------|
| CN | 10,4 |
| USA | 8,1 |
| D | 8,1 |
| J | 4,5 |
| NL | 3,6 |
| F | 3,3 |
| I | 2,9 |
| RUS | 2,9 |
| B | 2,7 |
| L | 2,7 |
| UK | 2,6 |

Weltweite Wareneporte insgesamt in Milliarden Euro
18.217

CN: Volksrepublik China

Quelle: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft Köln

| Deutsche Wareneinfuhren | |
|-------------------------|------|
| Niederlande | 82,0 |
| China | 79,4 |
| Frankreich | 66,3 |
| USA | 48,3 |
| Italien | 48,2 |
| Vereinigtes Königreich | 44,9 |
| Russland | 40,6 |
| Belgien | 38,3 |
| Österreich | 37,5 |
| Schweiz | 36,9 |

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - Iwd 20

Deutschlands Top-Handelsgüter

So viel Prozent der Warenausfuhren und -einfuhren entfielen im Jahr 2011 auf diese Gütergruppen

| Ausfuhren | | Einfuhren | |
|--|------|--|------|
| Kraftwagen und -teile | 17,4 | Datenverarbeitungsgeräte, elektronische und optische Erzeugnisse | 10,0 |
| Maschinen | 15,2 | Erdöl und Erdgas | 9,1 |
| Chemische Erzeugnisse | 9,5 | Kraftwagen und -teile | 9,0 |
| Datenverarbeitungsgeräte, elektronische und optische Erzeugnisse | 8,0 | Chemische Erzeugnisse | 8,0 |
| Elektrische Ausrüstung | 6,2 | Maschinen | 7,8 |
| Metalle | 5,7 | Metalle | 6,8 |
| Pharmazeutische Erzeugnisse | 4,8 | Elektrische Ausrüstung | 4,7 |
| Nahrungs- und Futtermittel | 4,0 | Pharmazeutische Erzeugnisse | 4,3 |
| Sonstige Fahrzeuge | 3,9 | Nahrungs- und Futtermittel | 4,2 |
| Gummi- und Kunststoffwaren | 3,5 | Sonstige Fahrzeuge | 4,0 |
| Metallerzeugnisse | 3,5 | Kokerei- und Mineralölerzeugnisse | 3,3 |
| Papier und Pappe | 1,8 | Bekleidung | 3,0 |

Vorläufige Daten
Quelle: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - Iwd 20

Die Kraft des deutschen Außenhandels zeigt sich auch in der Relation zur Wirtschaftsleistung:

Der Anteil der Warenexporte am Bruttoinlandsprodukt (BIP) kletterte seit 2000 von 29 auf 41 Prozent, bei den Importen erhöhte sich die Quote von 26 auf 35 Prozent.

Damit ist Deutschland stärker außenhandelsorientiert als alle anderen großen Volkswirtschaften. Lediglich in einigen kleineren Ländern wie in Belgien und den Niederlanden ist der Anteil der Aus- und Einfuhren am BIP deutlich höher – allerdings prägt dort auch der Transithandel über die großen Seehäfen die Quote.

Zu den wichtigsten Kunden der deutschen Wirtschaft zählen Frankreich und die USA – allein in diese beiden Länder gingen 2011 Warenexporte im Wert von 175 Milliarden Euro. Beliefert werden die Unternehmen und Verbraucher in Deutschland vor allem von den Niederlanden, dicht gefolgt von China.

Deutschland kauft im Ausland eine breite Palette von Waren ein, wobei immerhin 10 Prozent der Importe auf EDV-Güter sowie elektronische und optische Produkte entfallen. In der Gegenrichtung punkten die deutschen Hersteller bei ihren ausländischen Kunden in erster Linie mit Gütern aus zwei Industriebereichen:

Fahrzeuge und Maschine machten im vergangenen Jahr fast ein Drittel der Exporte made in Germany aus.

Die hiesige Wirtschaft ist aber auch im grenzüberschreitenden Dienstleistungshandel aktiv. Vor allem mit Gütertransporten zu Wasser und in der Luft verdienten die Deutschen Geld; die Ausgaben dagegen waren zu einem großen Teil auf die Reiselust der Bundesbürger zurückzuführen.

Der deutsche Dienstleistungshandel

im Jahr 2011 in Milliarden Euro

| Einnahmen (Exporte) | | Ausgaben (Importe) | |
|--------------------------------|-------|--------------------------------|-------|
| Insgesamt | 192,8 | Insgesamt | 199,3 |
| darunter: | | darunter: | |
| Transportleistungen | 45,4 | Reiseverkehr | 60,6 |
| Reiseverkehr | 27,9 | Transportleistungen | 38,0 |
| EDV-Leistungen | 13,4 | Kaufmännische Dienstleistungen | 16,3 |
| Kaufmännische Dienstleistungen | 12,4 | EDV-Leistungen | 11,7 |
| Finanzdienstleistungen | 10,5 | Patente und Lizenzen | 9,5 |

Quelle: Deutsche Bundesbank

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - Iwd 20

Lobgesang aufs Öl

Aserbaidshan. Am 26. Mai findet das Finale des Eurovision Song Contest in Baku, der Hauptstadt Aserbaidshans, statt. Doch was sich dem europäischen Fernsehpublikum heute als herausgeputztes Land am Kaspischen Meer präsentiert, blickt wirtschaftlich auf eine wechselvolle Vergangenheit zurück – und die Zukunft der 9,2 Millionen Aserbaidshaner hängt einzig und allein am Öl und am Gas.

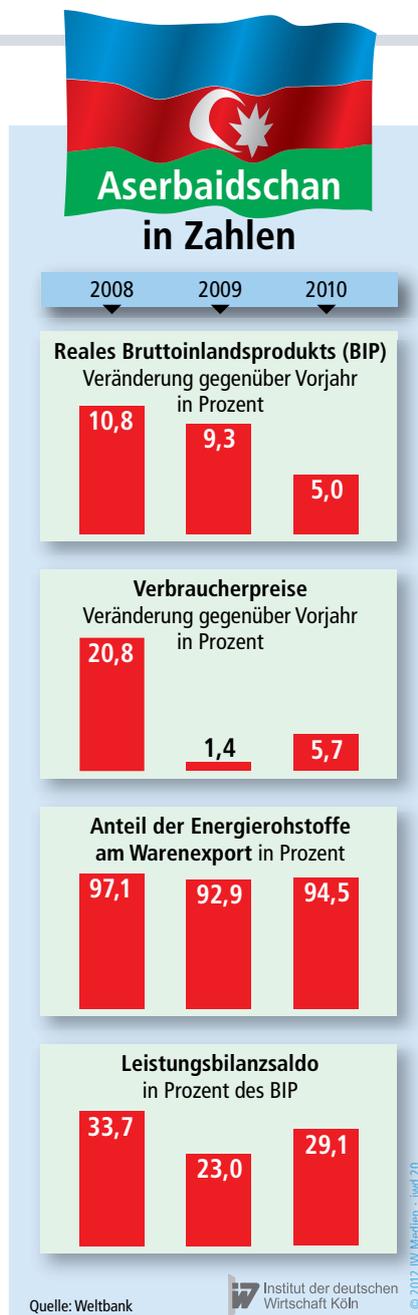
Nachdem Aserbaidshan 1991 von der Sowjetunion unabhängig geworden war, ging es mit der Wirtschaft bergab: Zwischen 1990 und 1995 fiel das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) um fast 60 Prozent. Gleichzeitig galoppierte die Inflation auf mehr als 1.000 Prozent im Jahr.

Erst im Jahr 2005 erreichte Aserbaidshan wieder das Wohlstandsniveau aus sowjetischen Zeiten. Seitdem hat sich das reale BIP noch einmal gut verdoppelt und liegt bei rund 52 Milliarden Dollar. Je Einwohner gerechnet sind das rund 5.700 Dollar – rund doppelt so viel wie in den Nachbarländern Georgien und Armenien.

Die Hoffnungen Aserbaidshans ruhen nach wie vor auf seinen Bodenschätzen: Ölvorkommen unter dem Kaspischen Meer sowie Erdgas. In den vergangenen Jahren haben eine höhere Produktion und steigende Ölpreise in der Tat die Einnahmen sprudeln lassen – mit eindrucksvollen Folgen:

Die Wirtschaftsleistung ist seit 2003 fast jedes Jahr zweistellig gewachsen.

Selbst als die Konjunktur im Krisenjahr 2009 weltweit absackte, fuhr



Aserbaidshan gut 9 Prozent Wachstum ein, und auch 2010 war noch ein Plus von 5 Prozent drin (Grafik).

Die steigenden Ausfuhren von Energierohstoffen schlagen sich auch in der Leistungsbilanz nieder – seit 2007 verzeichnet Aserbaidshan jährliche Überschüsse von teils mehr als 30 Prozent des BIP. Zuvor war es genau anders herum: In den Jahren 2003 und 2004 hatte das Land noch ein Leistungsbilanzdefizit von jeweils 30 Prozent.

Der Aufschwung hat aber auch seine Schattenseiten. So erreichte die Inflation lange Zeit hohe einstellige oder sogar zweistellige Raten. In den

Jahren 2007 und 2008 zum Beispiel stiegen die Verbraucherpreise um fast 17 beziehungsweise 21 Prozent.

Zudem ist das Land extrem abhängig vom Rohstoffgeschäft:

Die Ausfuhr von Erdöl macht gut 95 Prozent aller Warenexporte aus – eine Industrie gibt es praktisch nicht.

Generell wird auf die wirtschaftliche Entwicklung anderer Branchen nur wenig Wert gelegt, was die langfristigen Aussichten auf stabilen Wohlstand verschlechtert. Denn genauso schnell, wie der Aufschwung mit steigenden Energiepreisen gekommen ist, kann es bei fallenden Preisen wieder bergab gehen.

Im Augenblick jedoch sind die ökonomischen Perspektiven gut. Die weltweiten Energiepreise zeigen tendenziell nach oben und mit zusätzlichen Gasexporten nach Europa fließen in den nächsten Jahren reichlich Devisen in die aserbaidshansischen Kassen. Die notwendigen Pipelines für den direkten Export ohne Umweg über Russland sollen in den nächsten Jahren gebaut werden (vgl. iwD 18/2012).

Allerdings gibt es noch ein weiteres Problem: Wie in vielen Rohstoffländern hat sich in Aserbaidshan mit dem Geld aus dem Ölgeschäft ein autokratisches Regime gefestigt und die Korruption blüht. Im Korruptionswahrnehmungsindex von Transparency International steht das Land auf Platz 143 von 183 Staaten. Auch die Menschenrechte werden in dem autoritär regierten Land immer wieder verletzt – weshalb manche Kritiker sogar einen Boykott des Schlagerwettbewerbs fordern.

Den Lohnwettbewerb beschränkt

Mindestlohn. Im Bauhauptgewerbe hat der Mindestlohn keine Arbeitsplätze vernichtet, sondern heimische Arbeitnehmer vor der ausländischen Konkurrenz bewahrt. Zu diesem Ergebnis kommen zumindest drei Institute in einer gemeinsamen Studie für das Bundesarbeitsministerium.

Es gibt kaum ein Thema, das in Deutschland so kontrovers diskutiert wird wie die Einführung gesetzlicher Mindestlöhne. Dabei wird oft übersehen, dass nicht jede Lohnuntergrenze des Teufels ist. Es kommt immer darauf an, wie stark die Löhne steigen und wie viele Mitarbeiter davon betroffen sind.

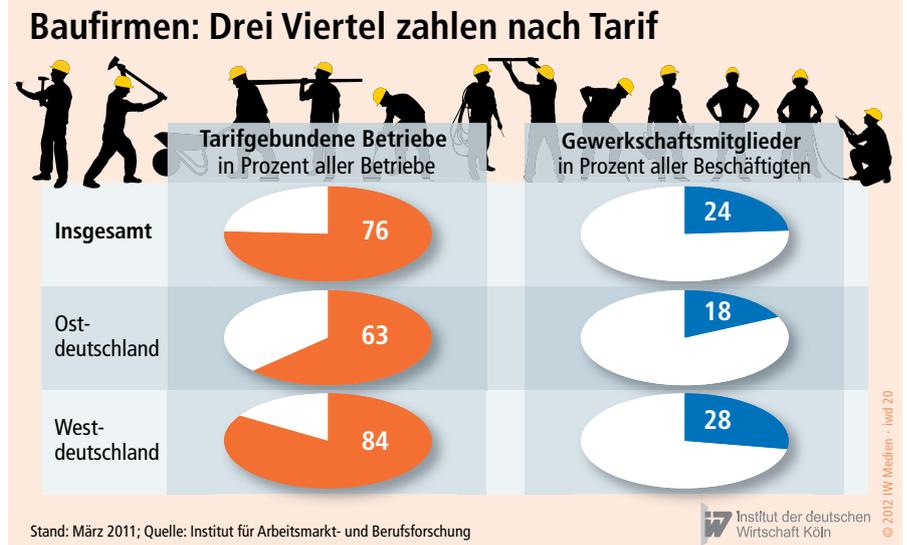
Die Auswirkungen des Mindestlohns im Bauhauptgewerbe (Kasten) wurden jetzt gemeinschaftlich von drei renommierten Instituten untersucht – dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in Nürnberg, dem Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung (Essen) sowie dem Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik (Köln).

Die Institute stellen unisono fest, dass Arbeitnehmer von der Einführung des Mindestlohns im Jahr 1997 profitiert hätten – sowohl finanziell als auch in puncto Jobs:

- **Lohnzuwächse.** Die Bäume sind hier nicht in den Himmel gewachsen:

Insgesamt stiegen die Bruttostundenlöhne in der Baubranche seit 1997 in Ostdeutschland um 2,4 und in Westdeutschland um 1,4 Prozent stärker, als es ohne Mindestlohn der Fall gewesen wäre.

Der Anstieg fiel im Westen deshalb bescheidener aus als im Osten,



weil zwischen Nord- und Bodensee nicht einmal 4 Prozent der Arbeitnehmer einen Mindestlohn bekamen – im Osten der Bundesrepublik waren es immerhin 24 Prozent.

In Westdeutschland sind die Löhne ohnehin 30 bis 45 Prozent höher als in Ostdeutschland – die meisten Mitarbeiter der Bauunternehmen verdienen demzufolge so gut, dass für sie der Mindestlohn gar nicht von Bedeutung ist. In Ostdeutschland dagegen entspricht der Mindestlohn in etwa 85 Prozent des durchschnittlich gezahlten Lohns.

Ein Grund für diese Schere ist, dass im Westen viel mehr Arbeitnehmer nach Tarif bezahlt werden als im Osten (Grafik). Zudem sind die von Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften ausgehandelten Entgelte meist höher als die durch den Mindestlohn festgelegte Lohnuntergrenze.

- **Jobs.** Hier ging es um die Frage, ob – wie vereinzelt befürchtet – nach Einführung des Mindestlohns Arbeitsplätze abgebaut wurden. Nein, antworten die Institute. Im Osten ist

lediglich die Chance geringfügig gesunken, nach einem Jobverlust einen neuen Arbeitsplatz zu finden.

Denkbar ist auch, dass der Mindestlohn durch Einpersonenbetriebe umgangen wurde. In welchem Umfang dies geschehen ist, konnte nicht berechnet werden.

Eines jedoch wurde mit dem Mindestlohn gewiss erreicht: Die Zahl der aus dem Ausland entsandten Arbeitnehmer am Bau ist zurückgegangen. Die heimischen Beschäftigten wurden also, wie mit dem Mindestlohn beabsichtigt, vor der Konkurrenz geschützt – zulasten der Arbeitnehmerfreizügigkeit.

Der Baumindestlohn

Aktuell liegt der Mindestlohn in den neuen Bundesländern bei 10,00 Euro und in den alten bei 11,05 Euro. Außerdem gibt es im Westen seit 2003 einen Mindestlohn II von 13,40 Euro für fachlich höher qualifizierte Arbeitnehmer. Im Osten wurde dieser im Jahr 2009 ohne signifikante Auswirkungen wieder abgeschafft.

Erholung gefährdet

Maschinenbau. Die Schuldenkrise im Euroraum geht am deutschen Maschinenbau nicht spurlos vorbei – auch wenn die größten Kunden inzwischen in Asien und den USA sitzen.

Der Maschinenbau hat nach der Krise 2009 vergleichsweise langsam Fahrt aufgenommen. Im Jahr 2010 stieg der Umsatz um 9 Prozent, erst im vergangenen Jahr legte er um stolze 15 Prozent zu. Damit zeigt sich die Branche einmal mehr als Spätzünder im Konjunkturzyklus. Denn die Käufer sind vorsichtig – der Maschinenpark wird erst dann erweitert, wenn die Kapazitäten der Unternehmen gut ausgelastet sind.

Im laufenden Jahr dürfte es jedoch keineswegs im gleichen Rhythmus weitergehen. Der Branchenverband VDMA meldet stark rückläufige Auftragseingänge (Grafik):

Im ersten Quartal 2012 lagen die Bestellungen um 9 Prozent unter dem Vorjahresniveau.

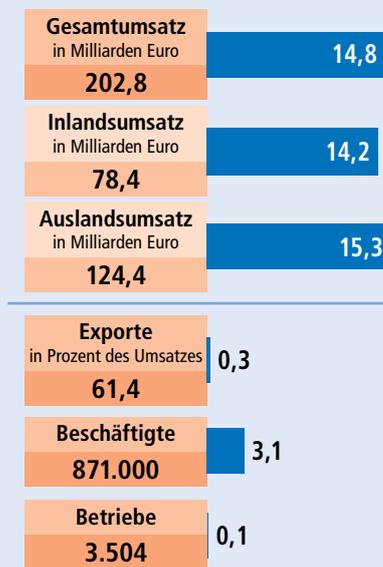
Geradezu weggebrochen sind die Bestellungen aus dem Euroraum (minus 17 Prozent). Angesichts der Probleme in den südlichen Nachbarländern verwundert das jedoch nicht.

Die Umsätze dürften 2012 daher stagnieren, auch wenn noch viele Vorjahresaufträge abgearbeitet werden müssen. Allerdings ist der Euroraum längst nicht mehr der Hauptkunde des deutschen Maschinenbaus – zwei Drittel der Ausfuhren gehen nach Übersee. Deutsche Maschinen sind insbesondere in Asien begehrt – ohne sie wäre beispielsweise das rasante Wachstum in China kaum denkbar. Doch auch dort wachsen die Investitionen neuerdings nicht mehr so stark wie früher.

Aufgrund der eingetrübten Konjunktur auf den Kernmärkten sollte deshalb in der laufenden Tarifrunde der M+E-Industrie nicht der Blick in den Rückspiegel als Orientierung dienen, sondern der Ausblick.

Maschinenbau: Weniger Aufträge

2011 ■ Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent



Auftragseingänge, Veränderung gegenüber Vorjahresmonat in Prozent



Exporte in Prozent des Umsatzes: Veränderung in Prozentpunkten;
Betriebe: ab 50 Mitarbeitern
Quellen: VDMA, Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - iwkd 20

Adressaufkleber

Eine mittelständische Branche

Mit einem Umsatz von circa 233.000 Euro je Beschäftigten liegt die Produktivität des Maschinenbaus deutlich unter dem industriellen Durchschnitt (320.000 Euro). Verantwortlich dafür ist zum einen die mittelständische Struktur der Branche – im Schnitt werden selbst in den Betrieben ab 50 Beschäftigten nur 248 Mitarbeiter gezählt. Zum anderen zeichnet die Branche eine hohe Fertigungstiefe aus – viele Betriebe fertigen die Teile für ihre komplexen Maschinen fast vollständig selbst. Last but not least sind Maschinen und Anlagen häufig Einzelfertigungen und deshalb können die Produktivitätsvorteile von Großserien nicht genutzt werden. Die eher kleinteilige Branchenstruktur wird auch anhand der 2.430 Betriebe mit weniger als 50 Beschäftigten deutlich – sie zählten Ende 2010 insgesamt noch einmal 75.000 Mitarbeiter.

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellvertreterin: Brigitte Lausch
Redaktion: Alexander Weber (verantwortlich), Andreas Wodok (Textchef), Jork Herrmann, Sylvia Miskowicz, Berit Schmiedendorf
Redaktion Berlin: Klaus Schäfer
Redaktionsassistentin: Angelika Goldenberg
Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen
Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iw@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich
Bezugspreis: € 8,47/Monat, zzgl. € 3,01
Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer
Aboservice: 0221 4981-443,
hartmann@iwkoeln.de
Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft
Köln Medien GmbH,
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445
Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH,
Meckenheim

Dem iwD wird einmal monatlich
(außer Januar und Dezember)
„Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter:
www.pressemonitor.de

iW.KÖLN. WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.